

Leserbriefe

Ja, abscheulich!

Der hervorragende Kommentar des Chefredaktors Stefan Calivers (WB vom 28. September) trifft den Nagel auf den Kopf: Ja, abscheulich finde auch ich, was in den Kinderheimen des Kantons Luzern zwischen 1930 und 1970 geschehen ist. Ich teile die Auffassung des Kommentators, dass es nicht genügt, das Untersuchungsergebnis bloss kopfschüttelnd zur Kenntnis zu nehmen, sondern dass nun dringender Handlungsbedarf besteht.

Es ist an der Zeit, dass sich auch die offizielle Kirche endlich mit dem The-

ma Sexualität auseinandersetzt und sich nicht stur an alten bzw. veralteten «Traditionen» festklammert: Sexuallehre – Familienplanung – wiederverheiratete Paare – Zölibat – Diskriminierung der Frauen für kirchliche Ämter usw. In diesem Sinne wäre es angezeigt, dass die Vertretung der Schweiz. Bischofskonferenz an der bevorstehenden Bischofsynode in Rom diese Themen in aller Deutlich- und Dringlichkeit zur Sprache bringt.

Adolf Fuchs, Luzern

Unser Schweizervolk muss es einmal wissen

Unser Schweizervolk muss es einmal wissen: Ich spreche das Departement von Frau Bundesrätin Sommaruga (SP) an. Einen Ausschnitt aus dem Bundesamt für Migration. Ich lese aus der Bundesrätlichen Zeitschrift «Der Bund kurz erklärt». Sage und schreibe arbeiten in diesem Amt 729 Personen. Der Aufwand finanziell beträgt 1 Milliarde, 127 Millionen, 670 Tausend, 500 Franken (1y127670500 Franken). Der Ertrag ein grosses Fragezeichen. Das ist ein Betrag, da könnten wir schon ein Drittel der Neubeschaffung der schweizerischen neuen Flugwaffe finanzieren. Kommentar ist überflüssig.

Bei diesem Departement passiert reichlich wenig oder überhaupt nichts. Zusätzlich arbeiten noch 30 Personen für Migrationsfragen. Die Hälfte davon kennt die Migration aus eigener Erfahrung. Frau Sommaruga äusserte sich an einer «Arena»-Sendung, dass noch viel Teilzeitangestellte für die Migration involviert sind. Wahrlich eine Vitamin-B-Gesellschaft.

Asyl in unserer Schweiz – ich gebe kurz ein Beispiel: Sie, sehr geschätzte Schweizerinnen und Schweizer, besitzen ein schönes Eigenheim, Eigentumswohnung, Mietwohnung, Bauernhaus. Ich vergleiche dies mit unserer schönen demokratischen Schweiz. Sie sind eine glückliche Familie mit drei bis vier

Kindern. Plötzlich eines Tages kommen vier Asylsuchende ohne anzuklopfen in ihr Wohnheim. Diese verlangen von ihnen Unterkunft, Morgen-, Mittag- und Abendessen, sich körperlich zu pflegen und am Schluss noch ein Taggeld von, nehmen wir an, 30 Franken Taschengeld. Alles auf ihre Familienkosten. Da müssen Sie sich, geschätzte Leserinnen und Leser, selber ein Bild machen. Sie sagen natürlich Ja, wie die Schweiz es tut.

Zur Nachlese muss auch geschrieben werden: Was hat das Schweizervolk für Parlamentarier nach Bern gewählt. Unter der Bundeskuppel hat das Parlament (Ständerat und Nationalrat) beschlossen, dass das Vermummten in der Schweiz für Demonstranten und Randalierer erlaubt ist. Welche Parteien dies befürworten, überlasse ich Ihnen. Kurz, wo führt dies hin? Ein Chaos in der Schweiz auf höchster Ebene. Völlig unverständlich.

Ich muss Ihnen als christlich Denkender aus der Bibel noch etwas zitieren. Leider könnte es so sein: «Weinet nicht über mich, weinet über euch und eure Kinder und Grosskinder.» Zitat geschlossen.

Seppi Schaller,
SVP Willisau,
Aktive Senioren SVP Kanton Luzern



Bischof Felix Gmür weiht die neue Kapelle ein.

Foto St.-Anna-Stiftung/Georg Anderhub

Kirche mit Leben erfüllen

Luzern | Bischof Felix Gmür weihte die neue St.-Anna-Kapelle ein

Bischof Felix Gmür hat am Samstag die neue St.-Anna-Kapelle in Luzern gesegnet und feierlich eingeweiht. Für alle Anwesenden war die Kirchweihe ein aussergewöhnlicher Anlass.

Bevor Schwestern und Gäste in die neue Kapelle eintraten, klopfte Bischof Gmür mit dem Hirtenstab gegen das hölzerne Eingangstürchen und zeichnete mit dem Stab ein Kreuz auf die Schwelle: «Ziehen wir ein in das Haus des Herren.» Die St.-Anna-Schwester hatten zuvor von der Marienhaus-Kapelle Abschied genommen und vollzogen in einer Prozession den Wechsel in die neue Kapelle.

«Die St.-Anna-Schwester füllten schon immer Häuser mit Leben», sagte der Bischof am Kirchweihgottesdienst, der vom Chor der St.-Anna-Schwester

und vom Orgelspiel festlich umrahmt wurde. Felix Gmür stellte die Menschen und nicht das Gebäude ins Zentrum seiner Ausführungen: «Wir Menschen erfüllen diese Kirche.» Er erinnerte daran, dass die St.-Anna-Schwester «nahe bei den Menschen sind»: Weltoffen wie sie seien, hätten die Schwestern immer die Menschen im Blick.

Offen für die Welt

Ihre Offenheit für die Welt können die Schwestern nun am neuen Ort des Gebets weiter pflegen. Innen herrschen warme, helle und reine Farbtöne vor. Für die Möblierung wurde Akazienholz gewählt, jenes edle Holz, das im Alten Testament als Material für Bundeslade und Altar beschrieben ist. Die Orgel ist in der Wand eingelassen. Ins Auge sticht vom Vorplatz aus vor allem die je nach Lichteinfall unterschiedlich anmutende Fassade aus grün schimmernden ge-

schichteten Gläsern. Dank der Verwendung der speziell angefertigten Gläser als Werkstoff sind die Grenzen zwischen aussen und innen fließend.

Realisiert haben die Kapelle die Scheuner-Mäder Architekten, die Künstlerin Angelika Walther und die Fahrni Landschaftsarchitekten im Auftrag der St.-Anna-Stiftung als Bauherrin. Zum Neubau bewogen hatte die Schwestern unter anderem der Umstand, dass das beim Verkauf der Klinik St. Anna vereinbarte Benutzungsrecht der Klinikkapelle dieses Jahr ausläuft. Wichtiges Argument war auch, dass der Weg zur Kapelle kürzer wird und sie von allen Schwesternhäusern intern und gedeckt erreichbar ist.

Die St.-Anna-Kapelle ist ab Oktober werktags von 9.00 bis 16.45 Uhr öffentlich zugänglich. Ab Oktober findet der Sonntagsgottesdienst um 10.00 Uhr statt. Die Schwestern feiern diesen gerne zusammen mit auswärtigen Gästen.

Reich befrachtete Herbstsession



Die Herbstsession der Eidgenössischen Räte gehört bereits der Vergangenheit an. Unzählige Geschäfte vom Asylgesetz über die Staatsleitungsreform, die Besteuerung nach Aufwand bis hin zur Vorlage «Bildung, Forschung, Innovation» wurden in den letzten drei Wochen in Bundesbern behandelt. Zwei Geschäfte, mit denen ich mich intensiver auseinandergesetzt habe, betrachte ich im Folgenden etwas näher: die Initiative «1:12

ein Ausdruck einer Wertediskussion ist: Viele Bürgerinnen und Bürger sind verständlicherweise empört über die Auswüchse beim Nehmen. Masshalten ist nicht mehr bei allen angesagt, es gehört nicht mehr zur guten Tugend. Offensichtlich gibt es gewisse Leute, die diese Werte nicht mehr kennen. Gefordert wird nun, dass der Staat eingreift und quasi anstelle von gesellschaftlichen Werten gesetzliche Bestimmungen erlässt. So verlangt die Volksinitiative «1:12 – Für gerechte Löhne», dass der Gesetzgeber die Lohnbänder festlegt. Die tiefsten und die höchsten Löhne in einer Unternehmung sollen in einem maximalen Verhältnis von 1:12 stehen.

In der Schweiz leben wir jedoch eine andere Tradition als die Initiative fordert. Die Löhne werden zwischen den Sozialpartnern ausgehandelt und festgelegt. Dies soll auch so bleiben, denn irgendwann wird die Vernunft wieder obsiegen.

Was diese Initiative der Jungsozialisten Schweiz fordert, ist auch simpel zu umgehen. Sollte in der Verfassung der Grundsatz 1:12 bei den Löhnen festgeschrieben werden, würde eine Aufteilung der Unternehmen in Arbeitnehmende mit verschiedenen Lohnklassen erfolgen. Diese in Lohnklassen segmentierte Unternehmungen könnten dann von Grossunternehmungen im Auftrag engagiert

werden. Dieses Beispiel zeigt, dass die Sache nicht zu Ende gedacht ist.

Ich bin überzeugt, dass die Ausreisser in der Wirtschaft aufgrund des gesellschaftlichen Druckes automatisch wieder korrigiert werden. Wir tun gut daran, gesetzgeberisch nicht in Bereiche vorzustossen, die von Anstand und Vernunft geregelt werden sollen. Das kann nicht gelingen!

In diesem Zusammenhang erinnere ich mich an einen Ausspruch des Luzerner Theologen Prof. Dr. Hans Küng. Dieser hat an einer Veranstaltung vor einem Jahr zum Thema Abzockerei gesagt: «Die wahren Besten haben Charakter.» Die Abzocker haben das leider nicht. Also: Setzen wir deshalb auf charakterfeste Manager und Unternehmensführer und nicht auf unsere Gesetzesmaschinerie.

Nun zur Agrarpolitik: Der Nationalrat hat als Erstrat in der vergangenen Herbstsession die Agrarpolitik 2014–17 beraten. Vieles ist meiner Meinung nach gelungen, einiges weniger. Gelungen ist die Verankerung der Ernährungssouveränität, der Siloverbotszulage und der Zulage für verkäste Milch im Landwirtschaftsgesetz. Ebenso sind künftig die Milchkaufverträge auf allen Stufen mit einem Mindestinhalt schriftlich zu regeln, was den Bauern eine gewisse Sicherheit und Verbindlichkeit bringt. Des Weiteren hat der

Nationalrat beschlossen, das Direktzahlungssystem – das Herzstück der AP 2014–17 – völlig umzukrempeln. Das neue System soll bewirken, dass die im gut abgefassten Bundesverfassungsartikel enthaltenen Ziele besser erreicht werden können. Neu sind ganze sieben Beitragskategorien vorgesehen. Im Grundsatz ist dieses neue System sicherlich zu begrüßen.

Und nun die – aus meiner Sicht – weniger gut gelungenen Punkte: Die Landschaftsqualitätsbeiträge hätten gestrichen werden können. Ein entsprechender Antrag unterlag im Rat leider knapp. Die zu fördernden Projekte hätten über bereits vorgesehene Beträge abgewickelt werden können.

Gesamthaft betrachtet ist die vom Nationalrat als Erstrat beschlossene Vorlage nicht auf kleinere und mittlere Tierhaltungsbetriebe zugeschnitten: Bei den sehr wichtigen Versorgungssicherheitsbeiträgen wird in Zukunft die Tierzahl zu wenig berücksichtigt. Meiner Meinung nach hat es der Nationalrat verpasst, gegenüber dem bundesrätlichen Vorschlag eine Korrektur vorzunehmen. Ein Kompromissvorschlag, der dies verlangte, wurde abgelehnt. Insbesondere von grüner und linker Seite wurde argumentiert, mit den Tierhalterbeiträgen schaffe man falsche Anreize. Diese Kreise wollten nicht hören, dass die Tierzahl nur sehr moderat hätte berücksichtigt werden

sollen. Die ökologischen Kräfte im Nationalrat waren (zu) stark.

Verpasst hat es der Nationalrat auch, der schwierigen Lage auf dem Milchmarkt Hilfestellung zu bieten. So wurde der Antrag, Massnahmen von Branchen- und Produzentenorganisationen allgemeinverbindlich zu erklären, abgelehnt. Argumentiert wurde immer wieder, die Branche selber müsse die Lösung finden. Wer die Szene aber etwas kennt, wagt zu bezweifeln, dass dies nach den jahrelangen Diskussionen noch gelingen kann. Das Verhalten des Nationalrates muss als «freies Laufenlassen» des Milchmarktes interpretiert werden.

Positiv zu werten ist dagegen der Beschluss über den Finanzrahmen: Der Nationalrat hat den vierjährigen Finanzrahmen für die Investitionskredite und die Strukturverbesserungen um insgesamt 160 Mio. Franken aufgestockt. Der übrige Finanzrahmen wurde, so wie vom Bundesrat vorgeschlagen, gutgeheissen. Das ist vor allem auch für Hügel- und Bergregionen wichtig.

Noch ist das letzte Wort zur AP 2014–17 nicht gesprochen. Der Ständerat wird sich mit dieser Vorlage befassen und in der Wintersession darüber befinden.

Leo Müller, Nationalrat CVP, Ruswil

Brief aus Bern

– Für gerechte Löhne» und die Agrarpolitik.

Zur Initiative: Man muss sich fragen, was denn los ist: Gleich zwei Initiativen zur Lohngestaltung stehen auf der politischen Bühne. Neben der Abzocker-Initiative (Minder-Initiative) liegt die Initiative «1:12 – Für gerechte Löhne» auf dem Tisch. Weiter werden vom Volk verschärfte Massnahmen im Banken- und Finanzbereich gefordert. Die internationale Steuerdiskussion passt auch in dieses Kapitel. Beim näheren Hinschauen stellen wir fest, dass dieser politische Aktivismus